

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Drahtschiff
Tageblatt Riesa
Gernus 1287
Postfach Nr. 22

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrats zu Großenhain befähigte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Riesa

Postfach
Riesa 1390
Verlag:
Riesa Nr. 22

Nr. 160

Mittwoch, 12. Juli 1939, abends

92. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 66 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gefaltete 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pf., die 90 mm breite, 3 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Pf. (Grundchrift: Petit 8 mm hoch). Ziffergebühr 27 Pf., tabellarische Satz 50%, Kuffschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingehender Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus. Rücklagen nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konturs oder Zwangsübergang wird etwa schon bewilligter Nachschuß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 58.

Rhetorische Almosen für Warschau

An der Spitze seiner Rednergarnitur, die für den polnischen Chauvinismus eine Lanze bricht, steht seit langem Ristler Chamberlain, der mit seinen fortgeschrittenen Erklärungen „zur außenpolitischen Lage“ zum Abbild eines langweiligen Unterhausredners geworden ist. Ueber den Stand der Verhandlungen mit Moskau wußte dieser Mann bisher immer nur ausweichende Antworten zu geben, wenn er aber über Danzig spricht — er tat es am Montag mindestens zum 10. Male — dann erhebt er sich jedesmal für den Status quo und gibt den polnischen Chauvinisten Wasser auf die Mühle. Dabei sind seine Ausführungen eine einzige Komödie der Irrungen und Wirrungen, sie können historisch in jedem Punkt widerlegt werden, sofern das Herr Chamberlain nicht immer gleich selbst besorgt, und sie haben auch keinen praktischen Wert, es sei denn, daß mit ihnen England seinen egoistischen Interessen zur Geltung verhelfen und sich Warschau mit seinen rhetorischen Almosen begnügen will. Denn: um das vorweg zu nehmen, auch wenn Ristler Chamberlain zur Danziger Frage eine „Jubiläumserklärung“ abgeben sollte, so änderte sie nichts daran, daß Deutschland seine berechtigten Interessen in Danzig wahrnimmt.

Warum tritt Herr Chamberlain eigentlich für den Status quo ein, so er doch ausdrücklich selbst feststellt, daß Danzigs Bevölkerung nahezu deutsch sei? Herr Chamberlain meint, daß der Status quo für Danzig weder ungerecht noch untragbar wäre und mißachtet damit alle die Urteile namentlicher Völkerrechtler, die seit 1919 unentwegt ihre warnende Stimme erhoben, um jenes Schandstück von Versailles einer Berichtigung entgegenzuführen. Er meint, dies mit der Brille des Wirtschaftlers sehen zu müssen, wenn er behauptet, daß Danzig seinen Wohlstand — Polen verdanke. Eine andere in Danzig eingeleitete Wache (womit wir gemeint sind!) könnte Polens Zugang zum Meer blockieren und auf diese Weise wirtschaftlich und militärisch abwürgen! Damit malt Herr Chamberlain schon wieder Schreckensgespenster an die Wand, denn es ist nie auch nur eine Wimper breit davon die Rede gewesen, daß Deutschland Danzig haben wolle, um sodann einen Couv gegen das polnische Meer zu landen.

Es ist auch geschichtlich unrichtig, wenn Ristler Chamberlain behauptet, daß Deutschland durch seinen Rückgriff auf den Vertrag von Versailles den Status quo bis zum Jahre 1914 garantiert habe. Denn erstens hat Polen diesen Vertrag mutwillig gebrochen und zum Zweiten ist in ihm mit keinem Wort der Danziger Frage, der Freien Stadt Danzig oder dem Danziger Problem Erwähnung getan.

Herr Chamberlain besorgt sich dann darüber, daß wir Deutschen den Engländern zum Vorwurf machten, sie hätten die Polen gegen uns aufgebracht und, um diesen Vorwurf zu entkräften, nennt er den 26. März als Tag der erfolgten Garantie-Erklärung. Nun werden ja die Verhandlungen für diese Garantieerklärung nicht erst am Morgen des gleichen Tages begonnen haben, sondern mindestens schon einige Tage früher. Am 23. März aber führte Polen bereits seine Mobilisation durch, also — wie Ristler Chamberlain selbst zugab — einige Tage vor der Abgabe der bekannten Rüstungsnotiz an das Deutsche Reich. Herr Chamberlain hat sich hier also ein recht schlechtes Bild zurechtgemacht. Herr Chamberlain meinte dann abschließend, es sei gegeben, daß die Mächte, die damals das Vertragsstatut über Danzig entworfen haben, schon jetzt ihre Vorlesungen treffen mögen, die die Beibehaltung des Status quo in Danzig garantieren! Wie solche Garantien gemacht werden, hat ja Herr Chamberlain bereits unter Beweis gestellt. Wenn er aber schon eine objektive und sachliche Erklärung zur Danziger Frage hätte abgeben wollen, so wäre es nötig gewesen, jener Erklärung und Dringlichkeit Ausdruck zu geben, denen die Deutschen angelehnt sind, es wäre nötig gewesen, den polnischen Chauvinismus in seine Schranken zurückzuweisen, es wäre richtig gewesen, einzusehen, daß ein polnisches Pulverlager in einer rein deutschen Stadt einfach ein Unikum ist. Kein Wort von alledem ist gefallen. Herr Chamberlain hat eine Zumutung gemacht, die den Stolz jedes Briten verletzen würde: Die gefährdete Danziger deutsche Bevölkerung soll mit den polnischen Eindringlingen und Unruhestiftern Hand in Hand arbeiten!

Was ist diese „Erklärung“ mehr als eine neuerliche Aufreizung der Polen zum Widerstande gegen eine gerechte Lösung.

Mit Granatwerfer und Maschinengewehr auf den Großglockner

Salzburger Gebirgsjäger bezwangen Pallavicini-Rinne
Salzburg. Einem fünf Mann starken Spätrückzug der Salzburger Gebirgsjäger ist es nach eifrigster härtester Arbeit gelungen, den Gipfel des Großglockners über die Pallavicini-Rinne, einem der schwierigsten Eisanstiege der Ostalpen, zu bezwingen.

Die Rinne, die von der Scharte zwischen dem Großglockner und dem Kleinglockner zum Teil fast senkrecht ist, die Felssteile hinabzieht, wurde bei ungünstigsten Verhältnissen in voller Ausrüstung mit Leichten Granatwerfern und Maschinengewehren durchstiegen. Die Soldaten mußten zur Bezwingung der Rinne allein über 2500 Stufen ins Eis schlagen.

Begabtenförderungswert des Deutschen Volkes

Unter der Schirmherrschaft von Generalfeldmarschall Göring gegründet — Aufsatz Dr. Lens, Walter Junks und Balbur von Schirach

11 Berlin. Nach dem Willen des Führers soll dem Tüchtigen in Deutschland der Weg nach oben erschlossen werden. Um allen Leistungsfähigen den Aufstieg und die vollkommene Entwicklung ihrer Arbeitskraft zur wahren Meisterschaft möglich zu machen, haben der Reichsorganisationsleiter Dr. Lenk, der Reichswirtschaftsminister Junks und der Jugendführer des Deutschen Reiches, Balbur von Schirach, unter der Schirmherrschaft des Reichsführers für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generalfeldmarschall Hermann Göring, das „Begabtenförderungswert des Deutschen Volkes“ gegründet.

Der Leiter des Begabtenförderungswertes ist der Reichsorganisationsleiter Dr. Lenk. Sein Geschäftsführer ist der Leiter des Reichsberufswettbewerbes, Obergebietsführer Rymann.

Zum Begabtenförderungswert des Deutschen Volkes haben der Reichsorganisationsleiter, der Reichswirtschaftsminister und der Jugendführer des Deutschen Reiches folgenden Aufruf erlassen:

Nach vor wenigen Jahren fehlten uns Arbeitsplätze. Heute haben wir einen großen Mangel an Arbeitskräften. Darin liegt ein wunderbarer Wandel unserer Wirtschaft. Heute kommt es darauf an, jeden Volksgenossen an den Arbeitsplatz zu bringen, der am besten seinen natürlichen Anlagen entspricht. Der hochwertige Arbeiter muß an den hochwertigen Arbeitsvorgang gebracht werden. Die primitive Arbeit muß mehr und mehr durch die Maschine ersetzt werden. Der Arbeitseinsatz und die Berufsausübung erhalten unter diesem Blickwinkel eine besonders hohe Bedeutung.

Es ist für die Leistungssteigerung unseres Volkes entscheidend, daß wir planmäßig eine Auslese der Tüchtigen treffen. So wie es im politischen Leben geschieht, so muß es auch im beruflichen Leben sein. Der Reichsberufswettbewerb hat sich in den vergangenen Jahren als Ausleseverfahren hervorragend bewährt. Er gibt jedem Schaffenden die Möglichkeit, einmal im Jahr öffentlich unter Beweis zu stellen, was er zu leisten vermag. Wer überdurchschnittliche Leistung vollbringt oder sogar in seinem Berufseinsatz, Gau- oder Reichsleistung wird, ist ohne weiteres würdig, von der Gemeinschaft gefördert zu werden. Das haben wir auch bisher getan.

Um nun durch die einheitliche Erfassung der Mittel eine noch wirksamere Bekämpfung der Förderung zu gewährleisten, ist das „Begabtenförderungswert des Deutschen Volkes“ ins Leben gerufen worden. Durch das Zusammenwirken der Partei, des Staates und der Wirtschaft sollen Mittel und Wege gefunden werden, die den Besten in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten die Widerstände des Alltags überwinden helfen. Das Begabtenförderungswert soll im Sinne des nationalsozialistischen Parteiprogramms tätig werden, in dessen Punkt 20 es heißt: „Wir fordern die Auszubildenden besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder deren Veranlagung auf Staatskosten.“

So will es der Führer!

aca.: Dr. R. Robert Lenk aca.: Balbur v. Schirach
aca.: Walter Junks

Göring regelt Einsatz und Arbeitseinkommen der Dienstverpflichteten

Ausgleichszulage bis Aufhebung der Verpflichtung / Anordnung eines besonderen Härteausgleichs

11 Berlin. Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, hat seinerzeit bei der Einführung der Verpflichtung von Arbeitskräften zu staatspolitisch wichtigen Arbeiten angeordnet, daß die verpflichteten Arbeitskräfte auf ihrer neuen Arbeitsstelle keine finanziellen Nachteile erleiden, sondern nötigenfalls eine Ausgleichszulage erhalten.

Inzwischen ist in verschiedenen Fällen die Ansicht entstanden, daß, besonders bei Verlängerung der Verpflichtung, die Ausgleichszulage entfällt. Generalfeldmarschall Göring hat deshalb den Reichsarbeitsminister angewiesen, dafür zu sorgen, daß künftig die Ausgleichszulage in jedem in Frage kommenden Fall ausbezahlt wird, bis die Verpflichtung aufgehoben wird. Sofern in besonderen Fällen bisher durch den Wegfall der Ausgleichszulage

außergewöhnliche Härten entstanden sind, hat der Generalfeldmarschall die Auszahlung eines besonderen Härteausgleichs angeordnet.

Im Zusammenhang damit hat Generalfeldmarschall Göring eine strenge Nachprüfung angeordnet, welche Vorhaben als staatspolitisch wichtig zu gelten haben, und demgemäß zur Verpflichtung von Arbeitskräften berechtigen.

Die Anerkennung dieser und weiterer Bauten und Vorhaben als staatspolitisch wichtig wird der Generalfeldmarschall persönlich entscheiden.

Mit diesen beiden Anordnungen will der Generalfeldmarschall die Opfer, die die verpflichteten Arbeitskräfte durch die Aufgabe ihres bisherigen Arbeitsplatzes im Staatsinteresse auf sich genommen haben, auf ein unbedingt unerlässliches Maß beschränken und entsprechend bewerten.

Neue Erleichterungen für den Volkswohnungsbau

Stärkere Förderung der billigen 4-Raum-Wohnung
Neugestaltung der Grundsätze über die Verwendung der Reichsmittel

11 Berlin. Für den Bau von billigen Mietwohnungen (Volkswohnungen) hat der Reichsarbeitsminister seit einigen Jahren laufend Reichsmittel zur Verfügung gestellt. Bisher sind für über 150 000 solcher Wohnungen Reichsdarlehen bewilligt worden. Um diese Wohnbauten weiterhin tatkräftig zu fördern und ihre Durchführung möglichst zu erleichtern und zu verbessern, sind die Grundsätze über die Verwendung der Reichsmittel neu gestaltet worden.

In Zukunft soll die Vier-Raum-Wohnung in härterem Maße als bisher gefördert werden. Sie ist nunmehr als Normalwohnung für eine Familie mit drei und mehr Kindern vorgesehen. Um den höheren Baukosten der Vier-Raum-Wohnung Rechnung zu tragen, ist die bisher allgemein 5000 RM betragende Grenze der Herstellungskosten nunmehr auf 6000 RM — ohne Grund und Boden und seine Ausschließung — erhöht worden, wenn mehr als die Hälfte der Wohnungen eines Bauvorhabens Vier-Raum-Wohnungen sind. Im übrigen kann die Bewilligungsbehörde nach besonderer Dienstanweisung höhere Herstellungskosten zulassen, soweit die besonderen Verhältnisse es erfordern. Das Reichsdarlehen beträgt in der Regel wie bisher 1500 RM je Wohnung. Für jede vorgesehene Vier-Raum-Wohnung können bis zu 2000 RM Reichsdarlehen bewilligt werden.

Wegen des sozialen Zweckes der Volkswohnungen wird nach wie vor größter Wert darauf gelegt, daß die

Miete für die in Aussicht genommenen Bevölkerungskreise auf die Dauer tragbar ist. Die Miete soll daher nicht mehr als ein Fünftel des durchschnittlichen Reineinkommens betragen und, da die Volkswohnung als Arbeiterwohnstätte die Vergünstigung der Grundsteuerbeiträge genießt, die in der Verordnung vom 1. 4. 1937 festgesetzte Mietgrenze von 40 RM monatlich nicht überschreiten. Um eine möglichst niedrige Miete zu erzielen, werden die Reichsdarlehen zu besonders günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt. Der Zinssatz von 3 vH kann bis auf 1 vH ermäßigt werden, soweit es zur Tragbarkeitsgestaltung der Miete notwendig ist, ohne daß, wie es bisher der Fall war, diese Vergünstigung von einer bestimmten Höchstgröße der einzelnen Wohnungen abhängig gemacht wird. Nicht die Baulandvergabe, sondern die Bewilligungsbehörde anherdem das Reichsdarlehen über die all-gemein zugelassenen Sätze erhöhen.

Eine weitere Erleichterung des Volkswohnungsbauens bedeutet die Zulassung von Bauträgern als unmittelbare Darlehensnehmer.

Die Reichsdarlehen wurden bisher den Gemeinden gemährt; diese konnten sie an Wohnungsunternehmen weitergeben. Zur Vereinfachung des Verfahrens und Entlastung der Gemeinden können die Reichsmittel künftig unter gewissen Voraussetzungen unmittelbar den Wohnungsunternehmen selbst, in erster Linie gemeinnützigen, gemährt werden.

Deutsche Disziplin als Vorbild

Bekannter australischer Politiker empfiehlt Arbeitsdienstlager

11 Sidney. Das Mitglied des Oberhauses von Victoria, Ingham, empfiehlt gestern in einer Rede in Melbourne die Einführung von Arbeitsdienstlagern nach deutschen Mustern. Er sagte, die Australier sollten etwas von deutscher, italienischer und japanischer Disziplin lernen.

Diese hervorragende Leistung der Salzburger Jäger ist ein neuer Beweis für die Einsatzfähigkeit unserer Wehrmacht auch in schwierigem hochalpinen Gelände.

Die Pallavicini-Rinne galt früher als schwerste Eisstour und wurde erstmals im Jahre 1876 von dem Markgrafen Pallavicini mit drei Bergführern aus Veltolin durchstiegen.